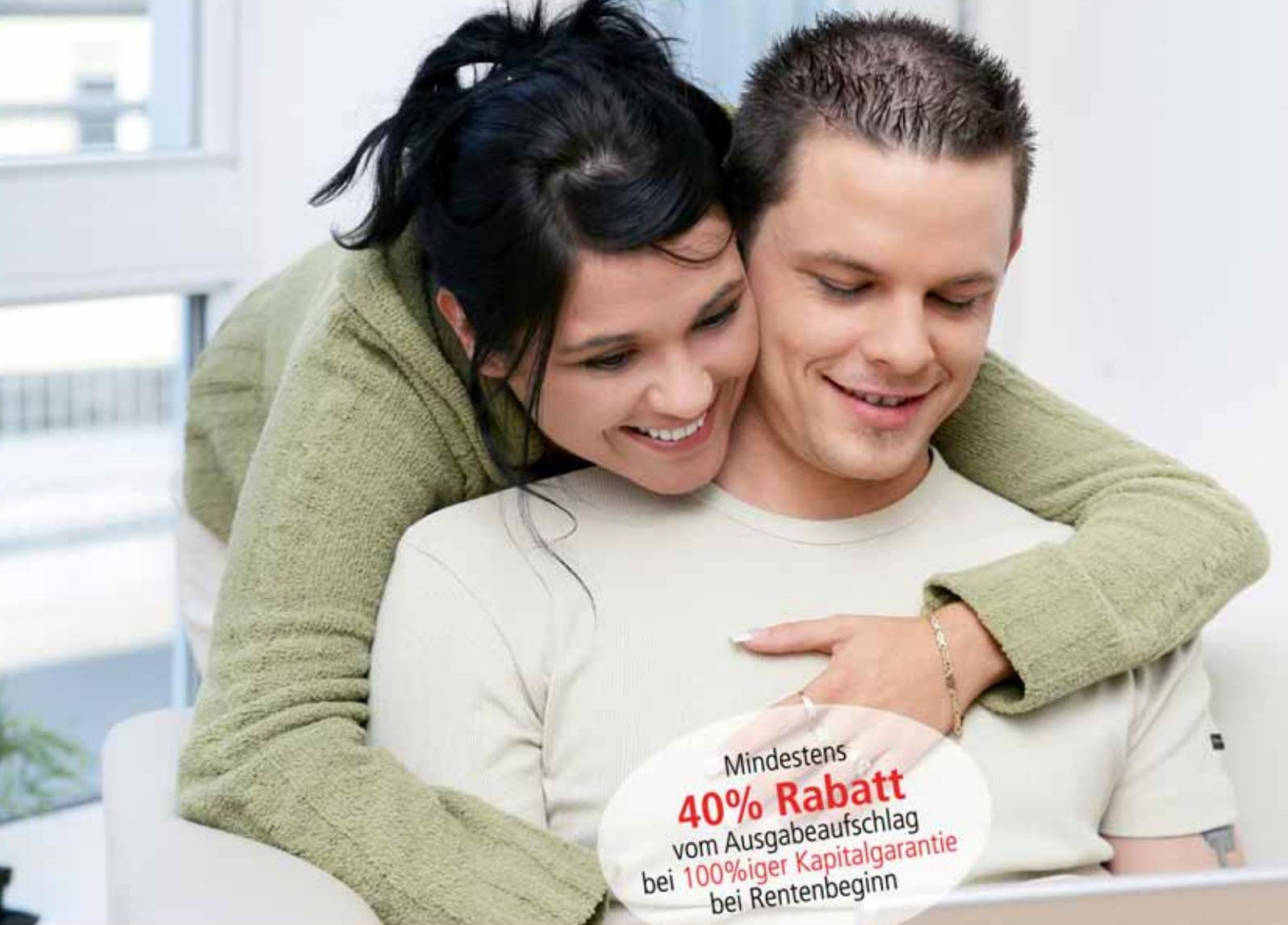


MAGAZIN für Beamtinnen und Beamte

www.beamten-magazin.de



Der DGB
Ein starker Bund seit 1949



Sicher ins Alter ...

zum Sondertarif für Gewerkschaftsmitglieder

Jetzt informieren:

0180 5006590-70

(0,12Euro/Min. aus dem Dt. Festnetz der Deutschen Telekom, Mobilfunkpreise können abweichen) oder unter

www.das-rentenplus.de

Das RentenPlus:

Das **RentenPlus** des DGB ist eine Riester-Rente zum günstigen Sondertarif, exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder ohne betriebliche Altersvorsorge. Auch für Angehörige.

Nutzen Sie die Vorteile des DGB-Altersvorsorgepakets:

- Staatliche Förderung von mindestens 25 %
- Attraktive Rente
- Kompetente Beratung

Riester-Rente mit der UniProfiRente über die BBBank

Der Fondssparplan **UniProfiRente** jetzt auch im **RentenPlus**:

- Laut FINANZtest (12/2008) in der Kategorie Riester-Fondssparpläne für unter 40-jährige eins der zwei besten Angebote auf dem Markt.
- Spitzenreiter bei Öko-Test (06/2007)



BB Bank

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

Union Investment

Das RentenPlus

empfohlen von:



INHALT

TITEL

Die Zukunft der Solidarität
Der DGB – ein starker Bund seit 1949 || 4 |

KOMMENTAR

Ingrid Sehrbrock zu 60 Jahre Einheitsgewerkschaft || 7 |

AUS DEN GEWERKSCHAFTEN

Schöne Aussichten || 8 |

MELDUNGEN

Bund: Angespannte Personallage bei der
Bundespolizei || 9 |

„Zukunft gestalten – Jetzt in Bildung investieren!“ || 9 |

Leitfaden zum Vergaberecht || 10 |

AUS DEN LÄNDERN

Brandenburg: Zeit für eine neue Politik || 11 |

Bremen: DGB begrüßt Festlegung
auf Mindestlohn || 12 |

Hessen: Ausbau öffentlicher Dienste gefordert || 13 |

Sachsen-Anhalt: GEW regt Pakt für junge
Lehrer an || 14 |

PORTRÄT

Polizeihauptkommissar im Porträt || 15 |

SERVICE

Altersvorsorge spezial, Teil I || 16 |

VERMISCHTES

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“ || 18 |

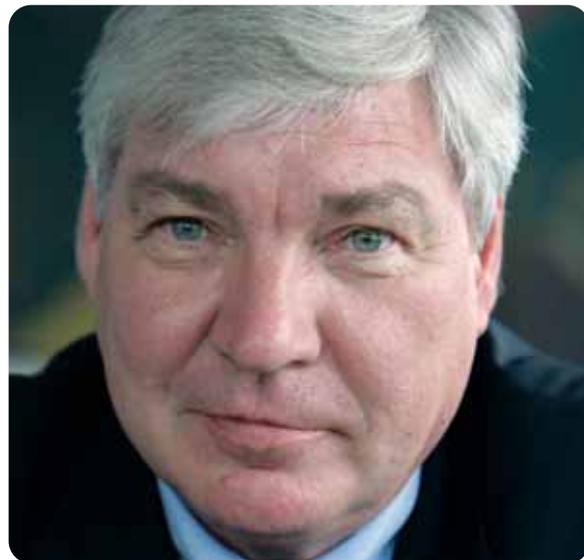
Altersteilzeit im öffentlichen Dienst

1999 bis 2008 || 18 |

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Bereich Öffentlicher Dienst und Beamte, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas, Nils Kammradt, Silke Raab, Gabriela Schill; Gestaltung: SCHIRMWERK, Düsseldorf; Druck: VVA GmbH, Düsseldorf; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlufheim, Tel.: 0180 5835226, Fax: 0180 5329226, info@beamten-informationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Frauen und Männer, die am 13. Oktober 1949 in einem einstimmigen Beschluss für die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes votierten, hatten ein gutes Gespür für die historische Bedeutung dieses Gründungsaktes. „Wir wussten, da entsteht etwas, das uns überleben wird“, erinnert sich Trude Rau, die als Gastdelegierte am Kongress teilgenommen hatte. Seitdem hat der DGB dafür gefochten, unser Land sozialer, menschlicher und lebenswerter zu machen und unsere Gesellschaft demokratischer und gerechter zu gestalten. Seitdem streiten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften selbstbewusst für sozialen Fortschritt. Seitdem kämpfen wir für Demokratie und Freiheit, gegen alte und neue Nazis, gegen Antisemitismus und Fremdenhass.

Die Stärken des DGB sind Einheit nach innen und Einigkeit nach außen. Wir vertreten Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte – und dies unabhängig davon, welcher Partei sie angehören, wo sie herkommen, ob sie Mann sind oder Frau, ob religiös gebunden oder weltanschaulich geprägt. Das Vermächtnis des gewerkschaftlichen Widerstands ist unser Auftrag. Einigkeit ist auch in Zukunft die Voraussetzung dafür, die sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Interessen der arbeitenden Menschen umfassend und wirksam vertreten zu können. In diesem Sinne blicken wir zuversichtlich in die Zukunft. Denn eins bleibt gewiss. Der DGB und seine Gewerkschaften sind das stärkste, was die Schwachen haben. ■

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes



Die ideologischen und parteipolitischen Gegensätze und die Unterschiede zwischen Berufs- und Statusgruppen zu überwinden, war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Gebot der Stunde. Das hatten die Gründungsväter und -mütter des DGB klar erkannt und übten den Schulterchluss. Angesichts von Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise hat Bundespräsident Horst Köhler Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter weltweit aufgefordert, sich auch über Ländergrenzen hinweg zusammenzuschließen. Solidarität hat Zukunft!

„Schafft die Einheit!“

Nach 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft vollzog sich der Wiederaufbau der Gewerkschaften bemerkenswert schnell. Das Prinzip „Einheitsgewerkschaft“ war von Anfang an unumstritten. Aus den bitteren Erfahrungen in der Weimarer Republik hatte man Lehren gezogen: Weltanschauliche Gegensätze, parteipolitische Zersplitterung und organisationspolitische Differenzen sollten überwunden werden. Einheitsstiftend waren auch die Erfahrungen und Erkenntnisse des gewerkschaftlichen Widerstands. Wilhelm Leuschners Appell: „Schafft die Einheit!“ war Auftrag und Vermächtnis zugleich.

der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Auch die organisatorische Trennung von Arbeitern, Angestellten und Beamten konnte überwunden werden. Außer der Satzung wurden auch Richtlinien für die Beamtenarbeit verabschiedet. Darin war die Einrichtung eines Bundesbeamtenreferats ebenso vorgesehen wie die eines Bundesbeamtenausschusses.

Kampf für die Mitbestimmung

In der frühen Nachkriegszeit stieß die gewerkschaftliche Forderung, die Besitzverhältnisse neu zu ordnen und Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu überführen, auf brei-



Die Zukunft der Solidarität

Der DGB – ein starker Bund seit 1949

Gründung des DGB

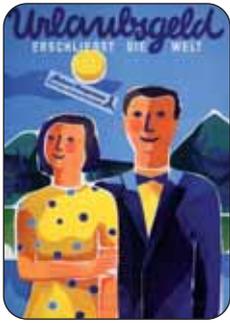
Nach 1945 waren aus lokalen und regionalen Initiativen zunächst 16 weitgehend autonome Branchengewerkschaften entstanden. Sie schlossen sich auf dem Münchner Gründungskongress im Oktober 1949 zum Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen. Die Einheit hatte durch das einstimmige Votum der 487 Delegierten, darunter 14 Frauen, Gestalt angenommen. Das „Parlament der Arbeit“ wählte Hans Böckler zum ersten DGB-Vorsitzenden und erhob das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zum programmatischen Grundsatz. Der DGB sollte das politische Sprachrohr der Gewerkschaften in Westdeutschland sein. Gemeinsam hat man sich darauf verpflichtet, parteipolitisch unabhängig zu sein, aber als Interessenvertretung

te Zustimmung. Aber bald zeichnete sich ab, dass sich für die Neuordnung der Wirtschaft keine parlamentarischen Mehr-

heiten finden würden. Die Mitbestimmung rückte in das Zentrum gewerkschaftlicher Zielsetzungen. Der 1951 erkämpfte Erfolg der Montanmitbestimmung für die Stahl- und Kohleindustrie konnte jedoch in den Folgejahren nicht fortgeschrieben werden. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Betriebs- und Personalräte blieben vor allem auf personelle und soziale Probleme beschränkt.

Soziale Marktwirtschaft und Teilhabe

In der Ära Adenauer trat aktive Interessenvertretung im System der bestehenden Wirtschaftsordnung in den Fokus. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten am Aufschwung der „Wirtschaftswunderjahre“ teilhaben, Lohnerhöhungen, Urlaubsverlängerung und Arbeitszeit-



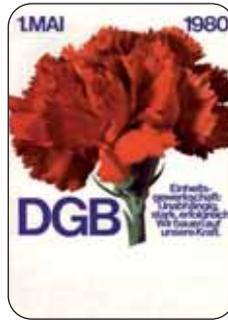
1956



1969



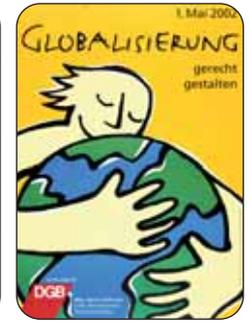
1977



1980



1998



2002

→ verkürzung diese Teilhabe gewährleisten.

Die pragmatische Grundorientierung der 50er Jahre fand ihren Niederschlag im Düsseldorfer Grundsatzprogramm des DGB von 1963. Der DGB bekannte sich zur Sozialen Marktwirtschaft und hielt an seiner Forderung nach paritätischer Mitbestimmung fest. Die Gewerkschafter/innen akzeptierten den Wettbewerb und traten für Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Abbau von Steuerprivilegien und Förderung der Vermögensbildung und eine bessere Bildungspolitik ein.

Mitbestimmung, Humanisierung der Arbeit und Umweltpolitik

Anfang der 70er Jahre machte Heinz Oskar Vetter die Mitbestimmungspolitik zur Chefsache. Der Deutsche Gewerkschaftsbund mischte sich wieder verstärkt in politische Debatten ein. Das Aktionsprogramm von 1972 enthielt neben wirtschafts- und sozialpolitisch orientierten Forderungen nach Mitbestimmung, Vermögensbildung, Arbeitsplatzsicherung und Steuerpolitik auch Fragen des Miet- und Bodenrechts, des Nahverkehrs und des Umweltschutzes. 1974 leitete der DGB unter dem Stichwort „Humanisierung der Arbeit“ eine Debatte über die einsetzende Beschäftigungskrise ein und rückte die konkrete Arbeitssituation in den Fokus.

Arbeitszeitkämpfe und Strukturkrise

Ende der 70er Jahre bremsten sinkende Wachstumsraten und steigende Arbeitslosigkeit den Reformschwung der frühen sozial-liberalen Jahre. Das novellierte Mitbestimmungsgesetz war hinter dem gewerkschaftlichen Ziel, die Mitbestimmung deutlich auszuweiten, zurückgeblieben. Als die konservativ-liberale Regierung unter Helmut Kohl die Wende zum Abbau des Sozialstaats und zur Deregulierung der Wirtschaftspolitik vollzog, blies den Gewerkschaften der Wind ins Gesicht. Öffentliche Unternehmen wurden privatisiert, um den Haushalt zu konsolidieren. DGB und Gewerkschaften lehnten die Privatisierungspolitik als „Verschleuderung des Tafelsilbers“ entschieden ab.

Seit Ende der 70er Jahre standen Arbeitszeitverkürzung und 35-Stunden-Woche auf der gewerkschaftlichen Agen-

da. 1995 waren die mit einiger Hartnäckigkeit verfolgten Offensiven endlich erfolgreich: In der Metallindustrie wurde die 35-Stunden-Woche eingeführt.

Deutsche Einheit und organisationspolitische Neuausrichtung

Ab 1989 nahm die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, den Deutschen Gewerkschaftsbund in die deutsche Einheit zu führen, die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften in Anspruch. Nach der Einheitseuphorie der frühen 90er machten sich in den Folgejahren aber zunehmend die Auswirkungen der Vereinigung und die Folgen von Globalisierung und digitaler Revolution bemerkbar.

„Wirklich freie Gewerkschaften, das wissen alle Regierungen, können auch unbequem sein. Als unabhängige Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft, als Sprachrohr und Anwalt einer breiten Arbeitnehmerschaft müssen sie es auch sein. Nach 60 Jahren bleibt jedenfalls festzuhalten: Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie haben die Bundesrepublik Deutschland positiv geprägt.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

1996 beschloss der DGB ein neues Grundsatzprogramm, um für die kommenden Jahre gewappnet zu sein. Er verpflichtete sich darauf, die „sozial regulierte Marktwirtschaft“ zu sichern und auszubauen. Mit mehreren Fusionen reagierten die Gewerkschaften organisationspolitisch auf die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen. Mit der ver.di-Gründung 2001 kam auch die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft unter das Dach des DGB.

Rot-grüne Hoffnungsträger

Nach 16 Jahren unter Helmut Kohl war im September 1998 die Zeit reif für einen Regierungswechsel. Rot-Grün übernahm die Macht. Mit dem Regierungswechsel verbanden die Gewerkschaften die Hoffnung auf einen Politikwechsel für Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Die Hoffnungen zerschlugen sich, als im Februar 2003

TITEL

→ die Gespräche zwischen Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern zur Fortsetzung des Bündnisses für Arbeit scheitern. Es folgten Hartz IV und Agenda 2010, der größte Sozialabbau seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Arbeitsmarktreformen stießen beim DGB auf scharfe Kritik. Die Menschen bekundeten ihren Protest eindrucksvoll am Aktionstag für ein soziales Europa am 3. April 2004; sie waren aufgestanden, „damit es endlich besser wird“.

Enttäuschte Hoffnungen und „ungezähmtes Monster“

Ab 2005 regiert eine Große Koalition. Die politische Unabhängigkeit des DGB als Einheitsgewerkschaft erleichtert es, auf beide Koalitionsparteien zuzugehen. Die wirtschaftliche Erholung, die sich Ende 2006 abzeichnet, ist nur von kurzer Dauer. Denn schon Ende 2008 löst die Finanzmarktkrise die größte Weltwirtschaftskrise seit den 1920er Jahren aus. DGB und Gewerkschaften hatten bereits seit Langem vor den Gefahren unregulierter Finanzmärkte und der Bankenmacht gewarnt.

„The DGB has long been one of the mightiest national trade union centres in the world. For the future, I would like to see the membership decline reversed in Germany (and elsewhere) and the DGB's already considerable influence in national and European affairs increased still further to strengthen solidarity at home, among its European neighbours, and in the wider world.“

John Monks, Generalsekretär der European Trade Union Confederation (ETUC)

In seiner Rede zum Festakt des 60. Jahrestages der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zeigt sich auch Bundespräsident Horst Köhler überzeugt: „Eine grundlegende Reform der Weltfinanzordnung verlangt auch die Beteiligung der Gewerkschaften“, und er fordert Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter weltweit auf: „Mischen Sie sich ein und schließen Sie Ihre Reihen auch über Ländergrenzen hinweg!“ ■



Weitere Informationen:
www.dgb.de
www.60-jahre-dgb.de

– Anzeige –



Unser Angebot – Ihr Vorteil

Das Informationsangebot des DBW

OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie mehr als 800 PDFs auf allen Websites des DBW öffnen, lesen und ausdrucken können. Im Angebot des OnlineService finden Sie auch einige Ratgeber als OnlineBuch, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht für Beamte und Tarifbeschäftigte“ und „FrauenSache im öffentlichen Dienst“.



Das alles für nur 10,00 Euro (inkl. MwSt.) bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Anmelden können Sie sich für den OnlineService unter www.dbw-online.de/online-service.

Bestellung

per E-Mail: info@dbw-online.de
per Telefon: 0211 7300335
per Telefax: 0211 7300275
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
Höherweg 287
40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.dbw-online.de

JA, ich möchte ab sofort am OnlineService teilnehmen.

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

KOMMENTAR



Gedanken der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock anlässlich des 60. Gründungstages des DGB

60 Jahre Einheitsgewerkschaft

Die Einheitsgewerkschaft ist heute ein allgemein anerkanntes organisatorisches und politisches Prinzip im DGB. Es bleibt aber unsere ständige Aufgabe, diesen Grundsatz mit Leben zu erfüllen und ihm zu voller Wirksamkeit zu verhelfen. Die politischen Verhältnisse sind immer noch von einem Lagerdenken geprägt, das die Gewerkschaften dem linken Flügel des politischen Spektrums und den DGB und seine Mitglieds Gewerkschaften bestimmten Parteien zuordnet. Das wird der Gewerkschaftsgeschichte nicht gerecht und auch nicht den Gründungsmüttern und -vätern des DGB. Die schon zur Weimarer Zeit geforderte gewerkschaftliche Einheit griff sozialistische ebenso wie christlich-soziale Traditionen und Grundsätze auf. Menschen- und Bürgerrechte sind für uns Garanten für eine demokratische und offene Gesellschaft. Schwarz, rot, gelb oder grün – der DGB will sich in kein Farbschema pressen lassen.

Als stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende und Mitglied im CDU-Bundesvorstand erlebe ich oft, wie schwer die Einheit zu leben ist. Als Gewerkschafterin in der Union muss ich immer wieder feststellen, dass Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen meiner Partei häufig eine fremde Welt sind. Als CDU-Mitglied im DGB werde ich oft damit konfrontiert, dass der Union in Gewerkschaftskreisen eine geringere soziale Kompetenz zugestanden wird. Diese Denkblockaden zu überwinden, ist und bleibt Auf-



gabe der Einheitsgewerkschaften. Denn Einheitsgewerkschaft das heißt: Der DGB ist nicht der Gewerkschaftsbund einer Partei oder eines politischen Lagers. Wir alle sind Gewerkschafterinnen und Gewerk-

schafter. Uns eint, dass wir die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Menschen in unserem Land, in Europa und der Welt verbessern wollen. Unsere geistige Grundlage ist die Solidarität, die Würde des Menschen unser Maßstab.

Die jüngsten Wahlen haben uns Regierungswechsel beschert, die die politische Farbenlehre kräftig durcheinandergewirbelt haben. Als DGB bleiben wir parteipolitisch unabhängig, aber nicht neutral. Wir mischen uns aktiv in das politische Geschäft ein, egal wer regiert. Nur so erhalten wir unsere Fähigkeit, politisch mitgestalten zu können. Und nur so erfüllen wir die Aufgaben, die sich dem DGB seit 60 Jahren stellen: eine starke Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Menschen ohne Arbeit und aller, die die Solidarität der Gewerkschaften brauchen. ■

Das RentenPlus



Gute Planung zahlt sich aus.

Mit staatlicher Förderung für das Alter vorsorgen.

Riester-Rente mit Sondertarif für Gewerkschaftsmitglieder

Die Vorteile sind

- hohe garantierte Rente
- hohe staatliche Förderung
- günstige Sondertarife
- gute Beratung

Rentenversicherung „Klassik“ oder „Chance“	Fondssparen „UniProfRente“
Debeka (Konsortialführer) Tel.: 0180-5006590-10	DEVK Tel.: 0180-5006590-40
BHW Tel.: 0180-5006590-20	HUK-COBURG Tel.: 0180-5006590-50
DBV-Winterthur Tel.: 0180-5006590-30	NÜRNBERGER Tel.: 0180-5006590-60



www.das-rentenplus.de

MELDUNGEN

Bund

Altersteilzeit geht leicht zurück

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die in Altersteilzeit gingen, ist 2008 zum ersten Mal leicht zurückgegangen: gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozent (s. auch Zahlen, Daten, Fakten, S. 18). Nach den 2006 verschärften Regelungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit ging die Zahl der Altersteilzeitbeschäftigten beim Bund (einschließlich Bundeseisenbahnvermögen) um 4,4 Prozent auf 30.900 zurück, in den Ländern um 0,8 Prozent auf 122.800 Beschäftigte, bei den Sozialversicherungsträgern ebenfalls um 0,8 Prozent auf 26.500. Nur bei den Kommunen stieg die Zahl der Beschäftigten in Altersteilzeit um 1,9 Prozent auf 71.200. Das Statistische Bundesamt gibt weiter an, dass sich für das Blockmodell (frühere Beendigung des aktiven Berufslebens) 93 Prozent der Altersteilzeitbeschäftigten entschieden haben. Nur 7 Prozent nutzten das Teilzeitmodell als gleitenden Übergang in den Ruhestand. Von den 232.800 Beschäftigten, die Mitte 2008 das Blockmodell nutzten, befanden sich 131.300



in der Arbeits-, und 101.500 in der Freistellungsphase. Von den Altersteilzeitlern waren 73.400 Beamte und Beamtinnen (19 Prozent) und 178.000 Arbeitnehmer/-innen (jede/r dritte).

Das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen hat eine Weiterentwicklung der Altersteilzeit-Vereinbarungen gefordert. Regelungen sollen „stärker darauf ausgerichtet werden, gerade Älteren mit besonderen Arbeitsbelastungen einen gleitenden

Übergang in die Rente zu ermöglichen“. Aktuelle Ergebnisse des Altersübergangs-Monitors, mit dem die Forscher im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und des Forschungsnetzwerks Alterssicherung den Übergang zwischen Erwerbsleben und Ruhestand untersucht hatten, zeigten dies. Viele Beschäftigte kämen nicht wegen besonders belastender Tätigkeiten in den Genuss von Altersteilzeit, sondern weil für ihre Betriebe eine entsprechende Regelung bestehe. ■

Angespannte Personallage bei der Bundespolizei

Die GdP beklagt die angespannte Personalsituation bei der Bundespolizei. „1.800 Polizistinnen und Polizisten, für die Arbeitsplätze eingerechnet sind, fehlen“. Wichtige Aufgaben bei der Grenz-



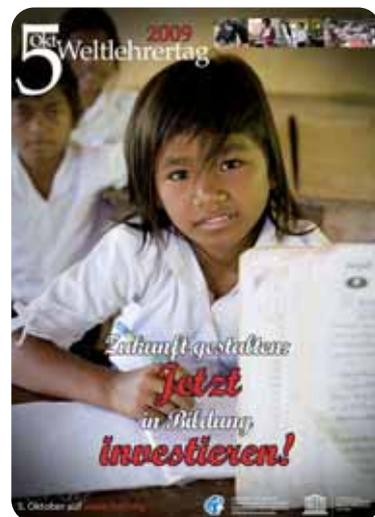
sicherung, der Bahnpolizei und der Luftsicherheit könnten deshalb nur noch bedingt und unter extremen Belastungen für die Beschäftigten wahrgenommen werden, erklärte der Vorsitzende des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei Josef Scheuring. Ein Papier der Innenministerkonferenz belege, dass ein Großteil der überwiegend in den Ballungsräumen eingerichteten Stellen auch nach der Neuorganisation der Bundespolizei nicht besetzt würden. Die Gewerkschaft fordert, sofort mehr Personal einzustellen und das Ausbildungsplatzangebot zu erhöhen. Wegen der extremen Überbelastung seien aber auch direkte Maßnahmen erforderlich. „Wir werden den Personalvertretungen in der Bundespolizei vorschlagen, keiner Verwendung im Ausland mehr zuzustimmen. Für diese Aufgabe gibt es bei der Bundespolizei kein Personal“, sagte Scheuring. ■

Erinnerungswand zum Gedenken

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat am Berliner Hauptsitz seines Ministeriums eine Erinnerungswand eingeweiht, mit der der 66 Menschen gedacht wird, die bei Einsätzen im In- und Ausland ums Leben gekommen sind. Darunter sind 44 Bundespolizisten (bzw. Angehörige des ehemaligen Bundesgrenzschutzes), 18 Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks und vier Beamte des Bundeskriminalamts. 19 der 66 Todesfälle ereigneten sich im Auslandseinsatz, z. B. in Bosnien, Mazedonien, Russland, Afghanistan oder dem Irak. Die Gedenkwall enthält Tafeln für jeden Verstorbenen, auf denen sich Name, Geburts- und Todesdatum, Angaben zur Todesursache und ein Bild befinden. Damit solle gezeigt werden, dass das Wirken ihrer Angehörigen gewürdigt und deren Leistung und das Opfer nicht vergessen werde, sagte Minister Schäuble gegenüber den Hinterbliebenen. „Die Gedenkwall erinnert uns auch daran, dass eine Gesellschaft nur zusammenhalten kann, wenn es Menschen gibt, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und sich für andere einzusetzen, selbst dann, wenn es gefährlich ist.“ ■

„Zukunft gestalten – Jetzt in Bildung investieren!“

Mit der Forderung „Zukunft gestalten – Jetzt in Bildung investieren“ haben am 5. Oktober UNESCO und Bildungsbund internationale, der internationale Bund aller Bildungsgewerkschaften, weltweit



MELDUNGEN

dazu aufgerufen, für gute Bildung und eine angemessene Bezahlung von Lehrkräften einzutreten. Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise, betonte der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne, müsse mehr Geld für Bildung bereitgestellt werden. Ausgaben für Bildung rechneten sich in der Zukunft. Das gelte für Deutschland und erst Recht für die Entwicklungsländer.

Der diesjährige Weltlehrertag am 5. Oktober 2009 stand ganz im Zeichen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. In vielen Staaten der Erde habe die Krise gravierende Auswirkungen auf öffentliche Haushalte und Bildungsausgaben sowie auf die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften. Am schwersten betroffen seien die Entwicklungsländer. Aber auch in einigen Ländern Osteuropas wie Ungarn oder Lettland würden öffentliche Bildungsausgaben zusammengestrichen und Lehrergehälter um bis zu dreißig Prozent gekürzt. In Deutschland sei zu befürchten, dass Bundeslän-

der und Bundesregierung trotz gegenteiliger Ankündigungen schon bald mit Hinweis auf sinkende Steuereinnahmen den Rotstift bei der Bildung ansetzen werden.

Nach Angaben der UNESCO fehlen weltweit achtzehn Millionen Lehrerinnen und Lehrer, um das Millenniumsziel des Rechts auf Grundbildung für alle Kinder zu verwirklichen. ■

Leitfaden zum Vergaberecht

„Berücksichtigung sozialer Belange im Vergaberecht“ heißt ein Leitfaden, mit dem Städte und andere öffentliche Auftraggeber dabei unterstützt werden sollen, soziale Standards rechtssicher und praxistauglich bei Auftragsvergaben einzufordern. So kann die öffentliche Hand mit dem novellierten Vergaberecht z. B. ausbeuterische Kinderarbeit bei Aufträgen ausschließen oder die Einhaltung von bestehenden internationalen Regeln



zu Mindestlöhnen verlangen. Den Leitfaden hat der Deutsche Städtetag in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) erarbeitet. ■

i Die Praxishilfe steht als pdf-Datei im Internet zur Verfügung: www.staedtetag.de (Veröffentlichungen ► Materialien)

Keine Versicherung ist wie die andere.

Wenn es um die Finanzierung Ihrer Wünsche geht –
NÜRNBERGER Beamtendarlehen.

125 JAHRE

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER

VERSICHERUNGSGRUPPE



**Finanzdienstleister
für den Öffentlichen Dienst.**

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG

Telefon 0911 531-4872, Fax -814872

MBoeD@nuernberger.de

www.nuernberger.de



AUS DEN LÄNDERN



Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Brandenburg, GdP, GEW und ver.di, haben in einem Positionspapier ihre Forderungen an eine neue Landesregierung für ein funktionierendes Gemeinwesen formuliert. Auch der DGB hat seine Vorstellungen für das Land in einem 24-seitigen Dokument zusammengefasst.

Wirtschaftskrise, Privatisierung, Lohn- und Steuerdumping – nur einige Stichworte, um die es den Gewerkschaften geht. „Wer alles über den Markt regeln will, wer Privatisierung für den alleinigen Weg zu Wohlstand und Wachstum ansieht und die öffentliche Daseinsvorsorge abschaffen will bzw. vor allem über den Geldbeutel regeln will, stellt unser demokratisches Gemeinwesen in Frage“, befindet der DGB Bezirk Berlin-Brandenburg in seinem Papier. Öffentliche Dienstleistungen ließen sich nur dann bürgernah, bezahlbar und qualitativ hochwertig anbieten, wenn dafür das notwendige Personal vorhanden sei.

Die Personaldecke schmilzt

In Brandenburg aber sei die Zahl der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von 69.720 im Jahr 2003 auf heute 54.000 gesunken. 2020 sollen es, so die Planungen, nur noch 40.000 Beschäftigte sein. Ein „schlanker Staat“ komme seiner Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr nach. Gefordert wird deshalb ein Gemeinwesen, „das sich einmischt, kümmert, und vor Alltagsrisiken schützt“. Neben gerechter Bezahlung, Bildungsgerechtigkeit, Gesundheitsförderung und Kultur als „Grundnahrungsmittel“ seien auch die Rekommunalisierung und – über den Bund – die Wiedereinführung der Vermögenssteuer Wege, Arbeitsplätze bei Städten und Gemeinden zu erhalten und neue zu schaffen.

Zukunftsaufgabe öffentliche Daseinsvorsorge

„Die öffentliche Daseinsvorsorge“, so stellt der DGB in seinem Papier fest, sei „in Zeiten des Neoliberalismus genug gebeutelt worden“. Der Rückzug des Staates aus vielen Bereichen habe auch in Brandenburg die soziale Polarisierung verschärft. „Der öffentliche Dienst wurde finanziell ausgetrocknet, Betriebe privatisiert, Aufgaben ausgegliedert – ohne Rücksicht auf die Folgen für unser Gemeinwesen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden zu Prügelnaben eines ungeliebten Systems“.

DGB und Gewerkschaften fordern deshalb privatisierte Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den öffentlichen Bereich zurückzuführen. Spätestens die Finanz-



und Wirtschaftskrise habe deutlich widerlegt, dass Private alles besser können und wirtschaftlicher arbeiten. Jetzt sei es an der Zeit, die Weichen für eine Aufwertung des öffentlichen Dienstes zu stellen und die öffentliche Daseinsvorsorge als wichtige Zukunftsaufgabe wahrzunehmen.

Zeit für eine neue Politik

Positionspapier der Gewerkschaften für Brandenburg – Öffentliche Dienste stabilisieren das Gemeinwesen

Den öffentlichen Dienst wertschätzen

Die Gewerkschaften haben einen umfassenden Forderungskatalog vorgelegt:

- Keine Arbeitszeitverlängerung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
- Stellenabbau stoppen und keine weitere Arbeitsverdichtung
- Perspektiven für Beförderungen, Einführung der Regelbeförderung
- Angebote für vorzeitiges sozialverträgliches Ausscheiden
- Regelungen zur Altersteilzeit verlängern
- Konkurrenzfähigkeit mit anderen Ländern wiederherstellen
- Modernes, attraktives Besoldungssystem
- Weihnachtsgeld wiedereinführen
- Beurteilungs(un)wesen beenden
- Statusfrage Teilzeitbeamtinnen bei Lehrern klären
- Einstellungskorridor
- Wohnortnahes Angebot öffentlicher Dienstleistungen sicherstellen
- Bürgernähe erhalten bzw. wiederherstellen
- Keine weiteren Schul- und Wachenschließungen
- Gesundheitsmanagement

AUS DEN LÄNDERN

Baden-Württemberg

Anreize müssen sich lohnen

Baden-Württemberg wird doch keinen Sonderweg bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit einschlagen. Die Landesregierung will wie der Bund die Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten bis 2029 stufenweise auf 67 Jahre anheben. Nach Protest der Gewerkschaften hatte sie den Plan aufgegeben, zu Sparzwecken die Erhöhung schon bis 2020 umzusetzen. Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) sprach von „einer beachtlichen, aber vertretbaren Zumutung“. Wer freiwillig früher länger arbeitet, soll einen Zuschlag erhalten. Den Vorschlag unterstützt der DGB, verlangt jedoch attraktive Anreize. Längeres Arbeiten solle sich nicht nur beim Gehalt niederschlagen, sondern auch zu einer höheren Pension führen. Abgesehen vom Sonderweg bei der Lebensarbeitszeit ist auch die Einführung von Leistungszulagen kein Thema mehr. Stattdessen soll es mehr Beförderungen geben – auch dies befürwortet der DGB. Gleichwohl kündigt Oettinger Besonderheiten im neuen baden-württembergischen Dienstrecht an. Er nennt etwa die Gesundheitsprävention, für die sechs Millionen Euro vorgesehen seien. Der DGB hält es für unabdingbar, Fragen der Gesundheitsförderung mitzubehandeln, wenn die Lebensarbeitszeit angehoben wird. ■

Bayern

Kabinett stimmt 40-Stunden-Woche zu

Das bayerische Landeskabinett hat die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte beschlossen. „Damit ist der Weg nun frei, die längst überfällige Angleichung durch eine Änderung der Arbeitszeitverordnung umzusetzen“, teilt ver.di mit. Der DGB und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten immer wieder gegen die Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Stunden protestiert und gefordert, dass Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) seine Ankündigung, dies zurückzunehmen, schnell umsetzen solle. Die Wochenarbeitszeit soll nun zum 1. August 2012

und zum 1. August 2013 um jeweils eine Stunde verkürzt werden. ■

Berlin

Senat knüpft Aufträge an Mindestlohn

Der rot-rote Berliner Senat hat Mindeststandards für die Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen festgelegt. Damit will er Lohndumping unterbinden. Unternehmen sollen nur Aufträge erhalten, wenn sie ihrem Personal mindestens 7,50 Euro Stundenlohn zahlen und sich an tarifrechtliche Regelungen aus dem Arbeitnehmerentendengesetz halten. „Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise muss die öffentliche Hand ihrer sozialen Verantwortung und Vorbildfunktion gerecht werden“, erklärte Wirtschaftsminister Harald Wolf (Die Linke). Die stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke begrüßt den Gesetzentwurf als „Schritt in Richtung auf einen allgemeinen Mindestlohn als unterste Grenze“. Sie wies auf eine ähnliche Regelung der rot-grünen Koalition in Bremen hin. Beide Beschlüsse seien ein positives Signal, dass die entsprechenden Parteien es mit dem Mindestlohn ernst meinten. ■

Brandenburg

Mehr Leistungen der Heilfürsorge geplant

Brandenburg hat eine Änderung der Heilfürsorgevorschriften für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte auf den Weg gebracht. Der Leistungskatalog der Heilfürsorge soll erweitert werden, insbesondere für Vorsorgekuren, Mutter- bzw. Vater-Kind-Kuren, Rehabilitationssport und Haushaltshilfen, wie der DGB in einer Stellungnahme hervorhebt. Er regt an, die Leistungen zur Gesundheitsprävention zu erweitern. Heilfürsorgeberechtigten sollten auch die Kosten für Präventionssportkurse, zum Beispiel Wirbelsäulengymnastik, Herz-Kreislauf-Training oder Yoga, zu 80 Prozent erstattet werden, wenn sie regelmäßig daran teilnehmen. Die anteilige Kostenübernahme wäre für Polizistinnen und Polizisten ein Anreiz, verstärkt Sport zur Krankheitsvorsorge zu treiben, begründet der DGB

den Vorschlag. Auf Ablehnung stößt, dass der Entwurf Abstriche zum Beispiel bei den Fahrtkosten vorsieht, um die Änderungen ohne zusätzliche Kosten umsetzen zu können. So soll für erstattungsfähige Fahrtkosten ein Selbstbehalt von 20 Euro je Fahrt eingeführt werden. Das würde laut DGB eine zusätzliche Eigenbeteiligung der Polizistinnen und Polizisten an der Heilfürsorge bedeuten. ■

Bremen

DGB begrüßt Festlegung auf Mindestlohn

Die rot-grüne Koalition in Bremen hat sich auf ein neues Vergabegesetz geeinigt. Mit der Festlegung von Mindestlöhnen und von Tariflöhnen bei der Vergabe von Verkehrsdienstleistungen habe die Koalition soziale Mindeststandards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gesetzlich festgeschrieben, hob die Bremer DGB-Vorsitzende Helga Ziegert hervor. Sie erinnerte an die ursprüngliche Absicht



Foto: Martin Poloczek

des Gesetzes, die Einhaltung gültiger Tarifverträge bei allen öffentlichen Aufträgen vorzuschreiben. Wie Ziegert bedauerte, musste dies jedoch aufgrund der „arbeitnehmerfeindlichen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes“ (EuGH) fallengelassen werden. Der EuGH hatte entschieden, dass Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufträge nicht an ortsübliche Löhne koppeln dürfen. Das Bremer Gesetz soll noch in diesem Jahr in Kraft treten. ■

Hamburg

Elternzeit für Großeltern geplant

Hamburgs Beamtinnen und Beamte sollen auch als Großeltern von der Elternzeit Gebrauch machen können. Eine Ergänzung der Elternzeitverordnung gemäß

AUS DEN LÄNDERN

dem Bundeselterngeldgesetz soll es ermöglichen, dass Beamtinnen und Beamte Elternzeit nehmen können, wenn sie ihr Enkelkind selbst betreuen und erziehen. Voraussetzung ist, dass das Kind im selben Haushalt lebt und ein Elternteil minderjährig oder noch in Ausbildung ist. Die Großeltern sollen auch die Möglichkeit haben, das Kind zu betreuen und Teilzeit zu arbeiten. Der DGB unterstützt diese „familienpolitische Förderung“. ■

Hessen

Ausbau öffentlicher Dienste gefordert

Der Sektor der sozialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen ist in Deutschland unterrepräsentiert. Diese Ansicht vertritt Hessens DGB-Vorsitzender Stefan Körzell, der mit Gewerkschaftern von GEW, ver.di und GdP eine Broschüre mit Eckpunkten für eine zukunftsfähige Dienstleistungspolitik in Hessen vorstellte. Im Vergleich zu skandinavischen Ländern bestehe bei Erziehung, Bildung, Sozialem und Gesundheit „eine beträchtliche Dienstleistungslücke“ – dort sei auch der Staat ein bedeutender Arbeitgeber. In Deutschland sank der Anteil der öffentlichen Beschäftigung laut Körzell von 18 Prozent 1998 auf 14 Prozent 2007 – ein Abbau von einer Million Beschäftigten. „Andere vergleichbare Länder halten die öffentliche Beschäftigung stabil oder haben sie erhöht.“ Eine Übertragung des Personalstandes bei Bildung und Erziehung von Skandinavien auf Hessen würde zu 90.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen führen, ver-



glich der GEW-Landesvorsitzende Jochen Nagel. Bernd Kuske-Schmittinger von der GdP machte auf die besondere Belastung des öffentlichen Dienstes durch die Sparpolitik der Landesregierung aufmerksam: „Stellenabbau und Umwidmungen haben dazu geführt, dass im Bereich der hessischen Polizei über 1.000 Planstellen gestrichen wurden.“ Er forderte: „Im gesamten öffentlichen Dienst muss der Trend zum Angebots- und Beschäftigungsabbau umgekehrt werden. Ziel muss eine sachgerechte Personalausstattung sein.“ ■

Mecklenburg-Vorpommern

Gewerkschaften wollen Beschäftigte absichern

ver.di hat einen Tarifvertrag vorgelegt, der die Rechte der Beschäftigten bei der Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern sichern soll. U. a. schließt er für die Dauer von drei Jahren betriebsbedingte Kündigungen von Mitarbeiter/innen aus, deren Aufgaben verlagert oder deren Dienststelle im Zuge der Reform umstrukturiert oder aufgelöst wird. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf zur Kreisgebietsreform stellt die vom Umbau betroffenen Beamtinnen und Beamten den Tarifbeschäftigten insoweit gleich, als sie vor Ablauf von drei Jahren nicht in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden dürfen. Der DGB verlangt, dass Betroffene auch nach Ablauf dieser Frist nur in den Ruhestand versetzt werden dürfen, wenn sie nachgewiesenermaßen bei keinem anderen Dienstherrn im Land eingesetzt werden können. Die Reform soll eine zukunftsfähige Struktur der Landkreise und kreisfreien Städte schaffen. Dabei sollen auch Beschäftigte vom Land zu den Kommunen wechseln. ■

Niedersachsen

DGB: Mitbestimmung entfällt

Die geplante landesweite Umsetzung des Modellkommunengesetzes in Niedersachsen schränkt Mitbestimmungsrechte der Personalräte ein. Das kritisiert der DGB in einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf, mit dem bisher in Modellkommunen erprobte Maßnahmen zum Bürokratieabbau landesweit eingeführt

werden sollen. Versetzungen von Beamtinnen und Beamten innerhalb der Dienststelle seien weitestgehend der Mitbestimmung entzogen, moniert der DGB. Auch bei der Ablehnung von Sonderurlaub soll die Mitbestimmung entfallen. Die Begründung, das erleichtere die Arbeit für die Personalabteilungen, treffe nicht zu. Es handele sich um einen starken Einschnitt in Arbeitnehmerrechte, erklärt der DGB. Mehr statt weniger Mitbestimmung erwartet er bei vorbereitenden Maßnahmen für Privatisierungen und Umstrukturierungen. In diese „Organisationsuntersuchungen“ sollen Personalräte nicht mehr einbezogen werden.

Immerhin bleibe das Einigungsstellenverfahren zwischen Personalräten und Dienststelle bei personellen und allgemeinen Maßnahmen, z. B. Abordnungen und Fortbildungen, bei sozialen und innerdienstlichen Maßnahmen sowie bei organisatorischen Maßnahmen wie z. B. Arbeitsplatzgestaltung, Mehrarbeit, Überstunden in vollem Umfang erhalten. Das 2006 in Kraft getretene Modellkommunengesetz hat Bürokratieabbau zum Ziel und räumt einzelnen Kommunen mehr Handlungsspielräume bei der Anwendung von Vorschriften und Verordnungen ein. Genehmigungsverfahren sollen so beschleunigt und Fristen verkürzt werden. ■

Nordrhein-Westfalen

DGB lehnt Entwurf zur Besoldungsanpassung ab

Als unzureichend beurteilt der DGB Nordrhein-Westfalen den Gesetzentwurf, der das Tarifiergebnis für den öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten überträgt. Die erwogene Streichung der Einmalzahlung und die Halbierung des Sockelbetrags bei den Grundgehältern bedeute eine Kürzung von rund 250 Euro pro Jahr für Beamtinnen und Beamte. Der DGB sieht darin einen Wortbruch der Landesregierung, die eine 1:1-Übertragung des Tarifiergebnisses versprochen habe. Das Argument, dass den Beamtinnen und Beamten nur das zugestanden werden soll, was die Tarifbeschäftigten nach Streichung des Leistungsentgelts erhalten, sei irrig. Denn diese Leistungskomponente sei den Beamtinnen und Beamten nie zugute gekommen. ■

AUS DEN LÄNDERN

Rheinland-Pfalz

Recht für Personalräte „auf gutem Weg“

Der rheinland-pfälzische DGB-Vorsitzende Dietmar Muscheid sieht die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes auf gutem Weg. Ein Ende des alten Gesetzes, das einen Rückschritt gegenüber anderen Ländern darstelle, sei in Sicht. „Eine Novellierung war lange überfällig. Jetzt sind wir auf einem guten Weg“, sagte Muscheid bei der DGB-Landesvorstandssitzung. „In die Beratungen um das neue Gesetz wurden der DGB und die Gewerkschaften einbezogen – das stimmt mich optimistisch.“ Bei den Landesbehörden soll es keinen mitbestimmungsfreien Raum mehr geben, das Initiativrecht für Personalräte soll ausgeweitet werden. Doch es gebe auch noch offene Forderungen, schränkte Muscheid ein. „Die Landesregierung hat ihr Versprechen, die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst auszuweiten, in einigen Fragen noch nicht eingelöst. Wir fordern weiterhin eine Erweiterung der Mitbestimmungskataloge.“ Dies will der DGB in Gesprächen mit den Ministerien und den Landtagsfraktionen unterstreichen. ■

Saarland

Unterricht mit Lehrern ohne fertige Ausbildung

Die GEW bemängelt eine unzureichende Versorgung der saarländischen Schulen mit ausgebildeten Lehrkräften. Nach Informationen der Gewerkschaft haben in diesem Schuljahr 30 von 100 befristet Beschäftigten keine abge-

schlossene Lehrerausbildung. Um Personalmangel kurzfristig auszugleichen, würden Diplomabsolventinnen und -absolventen eingesetzt, die als Seiteneinsteiger/innen eine Lehrerausbildung nachholen. Außerdem würden zunehmend Hilfskräfte beschäftigt, die das erste Lehramtsexamen abgeschlossen haben. ■

Sachsen

Gewerkschaften warnen vor Stellenabbau

Die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP in Sachsen löst bei den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes heftige Kritik aus. Aus Sicht der GdP gefährdet sie die innere Sicherheit. Denn im Koalitionsvertrag werde der Abbau von 2.441 Stellen bei der Polizei ausdrücklich festgeschrieben, warnt Landeschef Matthias Kubitz. Das sei eine höhere Qualität, bislang erfolge der Abbau nur aufgrund eines Kabinettsbeschlusses. Kubitz wirft der FDP vor, ihr Wahlversprechen gebrochen zu haben. Sie habe vor der Landtagswahl immer wieder deutlich gemacht, dass der Stellenabbau bei der Polizei beendet oder zumindest ausgesetzt werden müsse. Bisher sind laut GdP etwa 1.000 Stellen abgebaut worden, sie erwartet eine Reduzierung um weitere 1.000 in den kommenden fünf Jahren. Kubitz sprach von einem „verhaltenen Rückzug aus der Fläche“, der die Arbeitsbelastung der Beamtinnen und Beamten bis an die Leistungsgrenze treibe. Kritik an den Aussagen zur Personalstärke kommt auch von ver.di-Landesbezirksleiter Thomas Voß. Es sei wegen der teilweise überhaupt nicht vergleichbaren Aufgabenstrukturen „schlicht populistisch“, den Personalbestand an den Durchschnitt westdeutscher Flächenländer anpassen zu wollen. Privatisierung und Kommunalisierung von Aufgaben brächten keine Kosteneinsparungen. Wer sich Aufgabenverzicht auf die Fahnen schreibe, müsse erst klar sagen, was öffentliche Dienste leisten sollen. Der DGB-Bezirksvorsitzende Hanjo Lucassen beklagt, dass sich offensichtlich der Wille der FDP durchgesetzt habe, „weitere Privatisierungen im öffentlichen Sektor voranzutreiben und weiteres Dumping zu ermöglichen“. ■

Sachsen-Anhalt

GEW regt Pakt für junge Lehrer an

Einen „Generationenpakt für Lehrkräftenachwuchs“ in Sachsen-Anhalt hat die GEW dem Finanzminister vorgeschlagen. Lehrer/innen könnten freiwillig in Teilzeit gehen. Die freierwerbende Tätigkeit würde eingesetzt, um neue Stellen zu schaffen, erklärt der Landesvorsitzende Thomas Lippmann die Idee. „Wir wissen, dass viele Kolleginnen und Kollegen Teile ihrer Arbeit abgeben würden, wenn im Interesse der Schülerinnen und Schüler, aber auch des Lehrernachwuchses Neueinstellungen vorgezogen würden“, sagte er. Das Interesse an Teilzeit sei groß, weil „bis jetzt ein altersgerechter Übergang in den Ruhestand nicht möglich ist“. Die gesetzlichen und tariflichen Altersteilzeitregelungen sind ausgelaufen. Lippmann begründete seinen Vorschlag mit der abzusehenden Personalentwicklung. Spätestens ab 2013/2014 müssten mindestens zehn Jahre lang 600 bis 800 Stellen pro Jahr neu besetzt werden, weil Lehrkräfte in den Ruhestand gehen. Lippmann greift in dem Vorschlag die Ankündigung der SPD-Fraktionsvorsitzenden Katrin Budde auf. Demnach sollen alle Lehramtsstudierenden eine Referendariatsstelle erhalten. „Wir müssen deshalb sofort den nächsten Schritt gehen und jedem Absolventen des Referendariats die Übernahme in den Schuldienst ermöglichen“, fordert Lippmann. ■

Schleswig-Holstein

Mehr Aufklärung über Web-Nutzung gewünscht

Ein Großteil der befragten Behördenleitungen und der öffentlich Beschäftigten in Schleswig-Holstein bewerten die Richtlinie zur Nutzung von Internet und E-Mail als praxistauglich. Das ist das Ergebnis einer Evaluation, mit der die 2005 eingeführten Regelungen auf ihre Wirksamkeit, Zweckmäßigkeit und Auswirkungen auf die Datensicherheit überprüft wurden. Behördenleitungen wurden per Fragebogen zur Umsetzung und Einhaltung der Richtlinie befragt, Mitarbeiter/innen sollten ihre Erfahrungen als



AUS DEN LÄNDERN



Nutzer der angebotenen Dienste schildern. 82 Prozent der Teilnehmer/innen an der Behördenbefragung haben Verfahren bei Verstößen gegen die Richtlinie festgelegt, etwa bei übermäßiger privater Nutzung von E-Mails oder Aufruf verbotener Webseiten. Ein Drittel ist

bereits gegen Verstöße vorgegangen. Befragte kritisierten, dass nicht festgestellt werden kann, wie lange unerlaubte Seiten aufgerufen wurden, und schwer nachzuerfolgen ist, von wem. Verstöße würden erst auffallen, wenn Seiten besonders häufig aufgerufen werden und so in einer Rangliste erscheinen. Fast 91 Prozent der befragten Mitarbeiter/innen halten die Richtlinie für allgemein bekannt und verständlich. Mehrfach wird hervorgehoben, dass regelmäßig auf sie hingewiesen werden sollte und eine Veröffentlichung im Intranet nicht ausreicht. Der Bericht wird mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften bewertet. Geplant ist, die Richtlinie fortzuschreiben. ■

Thüringen

Verhandlungen sollen weitergehen

Zum ersten Prüfstein für die neue Regierung in Thüringen will die GEW die Verhandlungen für teilzeitbeschäftigte Lehrer/innen machen. Die Floating-Beschäftigten sollen ihre Arbeitszeit auf 100 Prozent ausweiten können, wie die früher teilzeitverbeamteten Lehrkräfte. Gespräche darüber hatte die GEW-Tarifkommission zunächst beendet und sich entschieden, die Floating-Verhandlungen nach der Landtagswahl im August wieder aufzunehmen. ■

PORTRÄT



Im Porträt: Gerhard Lindl, Polizeihauptkommissar

Umweltfahnder im Einsatz

Die Umweltexperten des Polizeipräsidiums Ingolstadt sitzen bei der Wasserschutzpolizei Beilngries. Egal ob es um Gülleeinträge ins Grundwasser, die achtlose Entsorgung von Altlasten, den unerlaubten Umgang mit Gefahrstoffen oder illegalen Industriemüll geht: „Wenn wir kommen, wird aufgeräumt“, sagt der Leiter der Wasserschutzpolizei Beilngries Gerhard Lindl. Dass die Wasserschutzpolizei nicht nur mit dem Patrouillenboot auf dem Wasser, sondern auch mit dem Streifenwagen unterwegs ist, ist nicht selbstverständlich. Aber in der Polizeiinspektion Beilngries sitzt der geballte Sachverstand in Sachen Umwelt- und Pflanzenschutz-, Chemikalien- und Abfallrecht der acht Inspektionen in Bereich Ingolstadt. Da wundert nicht, dass auch der Abfalltransport auf der Straße im Visier der Umweltfahnder steht. Etwa zwei Drittel der Delikte, denen die Polizeibeamten nachgehen, sind Ordnungswidrigkeiten oder strafrechtliche Vergehen im Umweltbereich. Beim restlichen Drittel handelt es sich um Verstöße gegen das Binnenschiffahrtsgesetz des Bundes und die Bayerische Schifffahrtsordnung auf Bundes- und Landeswasserstraßen. „Ich schau schon, dass wir auch auf dem Wasser präsent sind“, erläutert der Polizeihauptkommissar. Auf einem Streckenabschnitt von



72 km des Main-Donau-Kanals von Hilpoltstein bis zur Mündung in die Donau kontrollieren Lindl und seine Kollegen die Güterschifffahrt, aber auch Hotelschiffe und Sportboote. Bei den Verkehrskontrollen geht es

– wie im Straßenverkehr – u. a. um Geschwindigkeitsüberschreitungen, Alkohol oder Drogen am Steuer. Zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen vom Zoll werden außerdem Ladung und Besatzungen auf den Fracht- und Fahrgastschiffen kontrolliert. „Schwerpunktkontrollen finden vorzugsweise zu nicht üblichen Dienstzeiten gleichzeitig auf verschiedenen Streckenabschnitten statt“, berichtet der 51-Jährige, „da kriegen wir sie alle.“ Auch die Einhaltung der Sozialvorschriften auf den Hotelschiffen überprüfen Lindl und seine Kollegen. Gegen miese Arbeitsbedingungen, Dumpinglöhne und Verstöße gegen die Sozialversicherungspflicht geht er aus eigener Überzeugung vor: „Oben ist alles vom Feinsten ... und bei der Crew herrscht nicht selten Ausbeutung pur.“ ■

SERVICE



Altersvorsorge spezial – Teil I

RentenPlus mit Sicherheit

Die Finanzkrise hat die Menschen verunsichert. Viele Anleger und Sparer fragen sich, wie sicher ihre Geldanlage und private Altersvorsorge ist. Diejenigen, die eine Riester-Rente abgeschlossen haben, können gelassen bleiben, denn Riester-Renten unterliegen einem gesetzlichen Kapitalschutz.

Sicheres Sparen bei guter Rendite

Das Prinzip der Riester-Rente baut auf Sicherheit: Der Gesetzgeber hat festgelegt, dass alle vom Sparer eingezahlten Beiträge und die staatlichen Zulagen zu Beginn der Auszahlungsphase für die Rente des Sparers zur Verfügung stehen müssen. Diese gesetzliche Anforderung an die Anbieter von Riester-Produkten garantiert einen sehr hohen Schutz für diese Form der zusätzlichen privaten Altersvorsorge. Durch die staatlichen Zulagen ist darüber hinaus immer ein positives Sparergebnis sichergestellt. Die Kombination aus Sicherheit und guter Rendite macht die Riester-Rente zu einer der attraktivsten Sparformen auf dem Markt – gerade in Krisenzeiten.

Altersvorsorgepaket „Das RentenPlus“

Dies gilt auch für „Das RentenPlus“, das mit günstigen Sondertarifen speziell für Gewerkschaftsmitglieder und ihre Angehörigen vom DGB geschaffen wurde. Im Altersvorsorgepaket „Das RentenPlus“ gibt es zwei Anlagefor-

men: die Rentenversicherung und den Fondssparplan. Beide Formen der Riester-Rente bieten durch die bereits erwähnte Auszahlungsgarantie eine hohe Sicherheit.

Die Riester-Rentenversicherung: Sicherheit mit Renditegarantie

Die Rentenversicherung wird von einem Versicherungskonsortium unter der Federführung des Debeka Lebensversicherungsvereins a. G. angeboten. Der gesetzliche Kapitalschutz stellt sicher, dass die vom Sparer eingezahlten Beiträge und die vom Staat geleisteten Zulagen mit dem Rentenbeginn garantiert für die Rente des Sparers zur Verfügung stehen. Eine zusätzliche Sicherheit stellt die jährliche Garantieverzinsung der Riester-Rentenversicherung von zurzeit 2,25 Prozent auf den Sparanteil dar. Darüber hinaus wird dem Vertrag die nicht garantierte Überschussbeteiligung gutgeschrieben. Mit der staatlichen Förderung und ihren spezifischen Eigenschaften ist die Riester-Rentenversicherung ein sicheres Altersvorsorgeprodukt mit Renditegarantie.

Der Riesterfondssparplan: Sicherheit in guten wie in schlechten Zeiten

Hinter dem Fondssparplan in „Das RentenPlus“ steckt die renommierte UniProfiRente des Marktführers unter

Unser Angebot – Ihr Vorteil

RatgeberService des DBW

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand).

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst**
 im AboService nur 5,00 Euro

... Ex. **Die Beihilfe**
 im AboService nur 5,00 Euro

... Ex. **Die Beamtenversorgung**
 im AboService nur 5,00 Euro

... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst**
 im AboService nur 5,00 Euro

... Ex. **Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst**



OnlineService

Für nur 10 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten können Sie mit einer persönlichen Zugangskennung auf mehr als 15 Websites des DBW rund 800 PDF-Dokumente lesen, drucken und herunterladen.

JA, ich möchte ab sofort am OnlineService teilnehmen.

Bestellung

– Anzeige –

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Konto-Nummer _____

BLZ _____

Bank _____

Unterschrift _____

Bestellservice:

per E-Mail: info@dbw-online.de

per Telefon: 0211 7300335

per Telefax: 0211 7300275

Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.

Höherweg 287 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.dbw-online.de





→ den Riesterprodukten, Union Investment. Auch für dieses Riesterfondsprodukt gilt der gesetzliche Kapitalschutz. Zusätzlich sichert eine spezielle Wertsicherungssystematik den Erhalt aller eingezahlten Beiträge und Zulagen zu Beginn der Auszahlphase. Darüber hinaus wird eine zusätzliche Mindestrendite angestrebt. Die Einzahlungen und Zulagen werden in der Ansparphase im Aktienfonds UniGlobal oder im Rentenfonds UniEuroRenta angelegt. Die Anlage kann damit bis zu 100 Prozent in Aktien investiert sein. Damit hat der Sparer die Chance, über viele Jahre das Auf und Ab der Börsen zu nutzen, um sich ein Aktienfondsvermögen zu einem günstigen Durchschnittspreis aufzubauen. Gleichzeitig sind aber die Einzahlungen und Zulagen zum Rentenbeginn garantiert. Um dies zu gewährleisten, wird nach einem festgelegten Modell – in Abhängigkeit von der verbleibenden Vertragslaufzeit und der individuellen Depotsituation – das Vermögen im UniGlobal automatisch in den UniEuroRenta umgeschichtet. Diese Umschichtung erfolgt für den Anleger kostenlos.

Teil II unserer Service-Seiten zur Altersvorsorge erläutert wie Riester-Sparen funktioniert und wie die staatlichen Zulagen gesichert werden können. ■



Weitere Informationen zu diesem Thema im Internet unter:
www.das-rentenplus.de



Kleinanzeigenmarkt

Altersvorsorge – Riester für Beamte

Sondertarife für Gewerkschaftsmitglieder: Sichern Sie sich jetzt die Riesterförderung für Beamte und Ehegatten unter www.das-rentenplus.de

Bank für den öffentlichen Dienst

BBBank – Jetzt zur Hausbank für Beamte und den öffentlichen Dienst wechseln. Mehr Informationen unter www.bezuegekonto.de

Ausbildung im öffentlichen Dienst

Starten Sie Ihre Karriere im öffentlichen Dienst als Auszubildender oder Beamtenanwärter unter www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de

Einkaufen

Einkaufsvorteile für Beamtinnen und Beamte unter www.einkaufsvorteile.de/bsw

Darlehen und Kredite

Anschaffungen oder Umschuldungen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst unter www.beamtenkredite-online.de

Beamtenversorgungsrecht

Praxis-Seminare zur Beamtenversorgung
 Anmeldungen unter www.die-oeffentliche-verwaltung.de

Beihilfe

Ratgeber „Die Beihilfe“ nur 7,50 Euro
 Bestellungen unter www.die-beihilfe.de oder per Tel.: 0211 7300335

Heilkurorte und Kliniken

www.heilkurorte.de

OnlineService für den öffentlicher Dienst

OnlineService: Für nur 10 Euro können Sie mehr als 800 PDF zu den wichtigsten Themen im öffentlichen Dienst herunterladen, lesen und ausdrucken. Anmelden unter www.dbw-online.de

Urlaub und Freizeit

Mehr als 5.000 Gastgeber unter www.urlaubsverzeichnis-online.de



Sondertarif für die Riester-Rente
www.das-rentenplus.de

VERMISCHTES

Personalien

„Wichtiger Schritt zur rechten Zeit“



Foto: Cynthia Rühmekorf

Die Ernennung einer neuen Präsidentin für das Bundeseisenbahnvermögen (BEV) sei „ein wichtiger Schritt zur rechten Zeit“ für die künftige Entwicklung. So wurde Marie-Theres Nonn bei ihrem Amtsantritt vom Vorsitzen-

den des Hauptpersonalrats Gerald Horst empfangen. Das Bundeskabinett hatte am 12. August auf Vorschlag von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) beschlossen, die erfahrene Juristin und Eisenbahnverkehrsexpertin zur neuen Präsidentin des BEV zu bestellen.

Nonn nahm 1987 ihre Tätigkeit im Geschäftsbereich des Bundesverkehrsministeriums auf und war dort ab 1990 in den Abteilungen See, Binnenschifffahrt und Wasserstraßen sowie in der Zentralabteilung, zuletzt als Leiterin des aufsichtsführenden Referates über das BEV und das Eisenbahn-Bundesamt. Sie nimmt die Geschäfte der Präsidentin des BEV bereits seit dem 1. August 2009 wahr. Am 18. September wurde sie offiziell in ihr Amt eingeführt. ■

Buchtip

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“

Die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ steht neuerdings weit oben auf der politischen Agenda. Die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen, Fachkräftemangel und die Diskussion über die demografische Entwicklung bringen viele Behörden und Verwaltungen in Bewegung. Im Wettbewerb um qualifizierte Beschäftigte ist Familienfreundlichkeit ein Anliegen vieler Dienststellen und ein wichtiges Argument für die Wahl des Arbeitgebers geworden.

Das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“ will deshalb mit einer neuen Broschüre Personalräte dabei unterstützen, Expert/inn/en zu werden, die als kompetente Ansprechpartner/innen und Gestalter/innen in der Dienststelle wahrgenommen werden.

Neben einem Überblick über das Spektrum familienfreundlicher Maßnahmen

bietet die Handreichung Praxisbeispiele, wie eine vereinbarungsgerechte Dienststelle aussehen kann. Auch auf die besondere rechtliche Situation von Personalräten wird ausführlich eingegangen. ■



Bestellungen/Download unter www.dgb-bestellservice.de
Weitere Informationen zum Thema unter www.familie.dgb.de

Webtipp

Das BMI stellt sich vor

Als „moderner Arbeitgeber“ mit über 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon rund 1.000 Beamtinnen und Beamten und gut 500 Tarifbeschäftigten an den Standorten Berlin und Bonn präsentiert sich das Bundesinnenministerium im Download-Video im Internet. Bei fast 50 Neueinstellungen oder Versetzungen jährlich ist es für das Ministerium wichtig, über Aufgaben und Arbeitsbereiche ebenso zu informieren wie über Auslandsverwendung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Nachwuchsförderung und Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung.

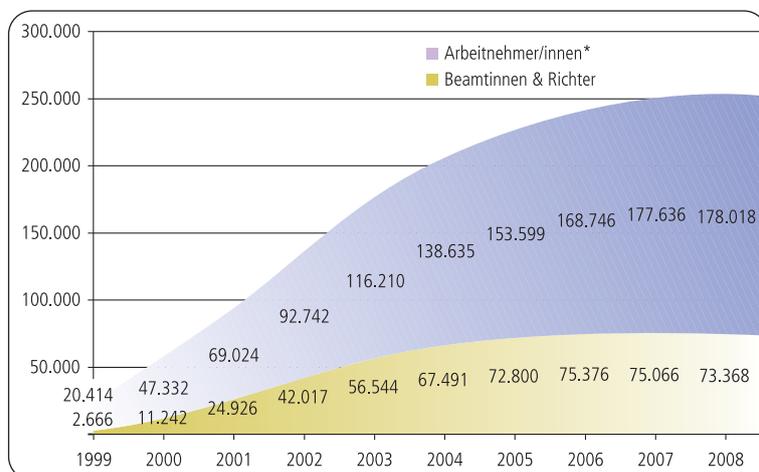


Weitere Informationen zum Thema unter www.bmi.bund.de (Ministerium > Das BMI stellt sich vor)



Zahlen, Daten, Fakten

Altersteilzeit im öffentlichen Dienst 1999 bis 2008



* Einschließlich Dienstordnungsangestellte im mittelbaren öffentlichen Dienst
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6, 2008

Die Möglichkeit der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst wird vor allem von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genutzt. Jeder dritte der über 55-jährigen Arbeitnehmer/innen befand sich 2008 in Altersteilzeit, bei den Beamtinnen und Beamten gleichen Alters war es nur knapp jede/r fünfte. Während der Anteil der Arbeitnehmer/innen in Altersteilzeit zwischen 2007 und 2008 noch leicht um 0,2 Prozent gestiegen ist, ist der Anteil der altersteilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten im gleichen Zeitraum um 2,3 Prozent gesunken. Der Bund hatte im Februar 2006 die Möglichkeiten der Inanspruchnahme stark eingeschränkt.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**



Aus DBV-Winterthur wird jetzt die **DBV Deutsche Beamtenversicherung**. Sie geben täglich alles und zeigen dabei immer vollen Einsatz. Gut, dass es jemanden gibt, der auch alles für Sie gibt: die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Der Versicherungsspezialist im Öffentlichen Dienst, der exklusiv nur für Sie da ist. Und das schon seit über 135 Jahren. Kommen Sie zu Ihrem persönlichen Betreuer ganz in Ihrer Nähe und lassen Sie sich in einer der über 4000 AXA Agenturen beraten. Wir freuen uns auf Sie. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.DBV.de oder unter Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

*9 Ct. je angefangene Minute (Deutsche Telekom AG), ggf. abw. Mobilfunktarif



Unsere Angebote sind heilsam! Wechseln Sie jetzt zur HUK-COBURG-Krankenversicherung



Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause. Deshalb bieten wir genau die Beihilfe-Tarife, die Sie wirklich brauchen.

Das beste Rezept:

- Besonders günstige Beiträge (z.B. nur 140,02 € im Monat*)
- Attraktive Beitragsrückerstattungen
- EURO am Sonntag, Heft 29.2009: »Bestnote im Vergleichstest«

*für einen 30-Jährigen bei 50% Beihilfe für die Tarife ambulant/stationär/Zahn

Lassen Sie sich gut beraten:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

**Der schnelle Rat: Telefon 09561 96-98239
Telefax 09561 96-3611**



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig